

Koordinierung bringt Erfolge

Von Genossen Professor Liebscher, Dekan der Fakultät für Ingenieurökonomie

Auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften hat die Diskussion um die Veränderung der Ausbildung zu einem Beschluß des Ministerrates geführt. Wir befinden uns zur Zeit in der unmittelbaren Überarbeitung der Studienpläne, der Vorlesungsprogramme usw. Der Beschluß geht davon aus, daß sich auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften, die an der TU Dresden seit zehn Jahren bereits durchgeführte Ausbildung von Ingenieurökonom bewährt hat.

Damit ist aber auch festgelegt, daß der Ingenieurökonom ein gediegenes Maß naturwissenschaftlicher Grundlagenbildung, technischer und technologischer Ausbildung erhält (Verhältnis etwa 50 zu 50). Bei dieser Forderung liegt eine Gefahr darin, daß natürlich durchaus die Tendenz vorhanden ist, möglichst zahlreiche Fachgebiete zu hören, möglichst zahlreiche vertreten zu lassen und damit eine sehr große Ausdehnung des Umfangs dieses Stunden vorhanden sein kann. Deswegen dieser Beschluß von der ökonomischen Forderung, die Durchschnittsbelastung je Vorlesungssemester auf

etwa 25 Wochenstunden zu begrenzen. Unter einer solchen Voraussetzung stehen wir vor der Notwendigkeit, zu überprüfen, in welchem Umfang die naturwissenschaftliche, technische und technologische Ausbildung erfolgen muß, damit sie dem Profil des Ingenieurökonom entspricht. Es ist an der Universität selbstverständlich, daß diese Ausbildung auch durch die dazu berufenen Fakultäten erfolgt. Aber es zeigt sich bereits jetzt, wenn eine Fakultät in ihren Stundenplänen so vorprescht und auf 25 Stunden hinausgehen will, daß das außerordentliche Schwierigkeiten verursacht, wenn die anderen Fakultäten dem nicht folgen.

Man muß die Forderung stellen, daß gewisse Vorlesungen an den technischen Fakultäten unter den besonderen Gesichtspunkten der Ingenieurökonomie überarbeitet und zugeschnitten werden müssen. Dabei haben wir die Sorge, daß diese Vorlesungen dann nicht mehr von den Professoren, sondern oft von Assistenten gelesen werden. Aber dann würde der Charakter einer Zweitprüfung heringebracht. Letztlich muß für den Umfang und das Ausbildungsziel der Fachrichtungsleiter verantwortlich

sein. Natürlich stimme ich Herrn Professor Dr. Hering zu, das bei kollektiver Beratung zu lösen. Aber einer muß letzten Endes die Verantwortung tragen und entscheiden.

Das zweite Problem, das auftaucht, ist, daß wir zu bestimmten Vertiefungen übergehen müssen. Hier stimmen wir den Ausführungen von Herrn Professor Pommer zu, da es sich nur um eine Vertiefung, nicht um eine Spezialisierung handeln kann, da wir an sich von dem Grundsatz ausgehen, daß der mit soliden ökonomischen, naturwissenschaftlichen und technischen Grundlagen ausgebildete Ingenieurökonom in der Lage sein muß, sich schnell in alle ökonomischen Aufgabengebiete einzuarbeiten. Wir sehen deshalb für diese breitere Ausbildung sieben Vorlesungssemester vor und machen dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen den Vorschlag, im 8. Semester ein sogenanntes praktisches Semester einzuführen. Es wäre zweckmäßig, wenn zu diesem Zeitpunkt bereits der künftige Einsatz des Studenten klar wäre, so daß man das praktische Semester auf diesem Gebiete vornehmen könnte.



Genosse Walter Gürtler ist einer der Ingenieurpraktikanten, die im VEB Förderanlagenbau in Kötzen arbeiten. Sein Gespräch mit dem Schlosser Karl Wesemann drehte sich um Probleme, die in unserer Reportage auf Seite 5 im Mittelpunkt stehen ... Foto: Vogt

Studium und materieller Anreiz

Von Genossen Dr.-Ing. Preißler, Lehrstuhl für Versuchswesen und Hydraulik im Wasserbau und Mitglied der Redaktionskommission

In seinem Vortrag auf dem Konzil über Probleme der sozialistischen Erziehung wies Prorektor Genosse Dr. Kuratza auf die noch anzustrebende Genügsamkeit von Studenten in Leistungsfragen hin. Der Diskussionsbeitrag des Studenten Garbe (siehe „UZ“ 23/63) machte darauf aufmerksam, daß Auffassungen wie „Die 4 ist die 1 des kleinen Mannes“ oder „Hauptsaache Prüfung bestanden, gleichgültig wie“ durchaus nicht überwunden seien und daß um Höchstleistungen bemühte Studenten nicht selten von ihren Kommilitonen mitleidig belächelt werden, denen ihre Freizeit zu wertvoll ist, um sie mit intensivem Studieren zu „ver-

schwenden“. Dieser Frage wurde auf dem Konzil ein relativ breiter Raum gewidmet. Sicher würde die Anwendung des materiellen Anreizes in den verschiedenen vorgeschlagenen Formen, wie beispielsweise Kürzung des Stipendiums bei schwachen Studienleistungen oder Entlohnung der Absolventen nach der Beurteilung im Diplomzeugnis, dazu beitragen, die Studenten zu höheren Leistungen anzuspornen. Könnte aber unter Umständen eine derartige Regelung nicht dazu führen, daß mancher Student die gesellschaftlich notwendige Hebung des Leistungsstandes damit verwechselt, die Prüfungsnote haupt-

sächlich als Mittel zur Erreichung eines größtmöglichen persönlichen Wohlstandes zu betrachten? Könnte die Folge davon nicht die Herausbildung einer krümelhaften Einstellung und eine widerliche Zensurenhascherei sein? Es ist die Frage zu stellen, ob ein Student, von dem die Ideologie Besitz ergriffen hat, daß sich nur das zu tun lohnt, was persönlich zum größten Nutzen gereicht, trotz vielleicht solider fachlicher Kenntnisse auch ein guter Ingenieur mit gefestigtem sozialistischem Bewußtsein werden kann? Der Mensch der sozialistischen Gesellschaft, also auch der sozialistische Ingenieur, zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß er,

ohne in erster Linie an persönliche Vor- oder Nachteile zu denken, seine ganze Kraft für die Lösung der der Gesellschaft bewegenden Probleme einsetzt. Da die Übertragung des in der Wirtschaft mit Erfolg angewandten Prinzips des materiellen Anreizes auf den Ausbildungs- und Erziehungsprozeß an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen unserer Republik der Entwicklung solcher sozialistischer Eigenschaften bei der zukünftigen Intelligenz nicht förderlich sein dürften, halte ich seine Einführung zumindest für problematisch. Dabei ist auch zu beachten, daß das Stipendium kein Lohn für das Studium ist, sondern vom Staat bereitgestellt wird, um allen jungen begabten Menschen unabhängig von ihrer sozialen Lage die Möglichkeit zu geben, ein von materiellen Sorgen freies Studium durchzuführen.

Wenn auch zugegebenermaßen jeder durchschnittlich begabte sein Studium erfolgreich abzuschließen vermag, so sind doch die Begabungen und Startbedingungen unterschiedlich. Würde aber ein Stipendienbezug für einen Studenten mit schlechteren Ausgangsbedingungen, dessen Ergebnisse in bestimmten Phasen des Studienprozesses noch nicht zufriedenstellend sind, der aber durch seine Arbeit zeigt, daß er ernsthaft um die Bewältigung der Anforderungen an ihn bemüht ist, nicht bedeuten, daß zu den fachlichen gegebenenfalls auch noch wirtschaftliche Sorgen hinzukommen? Würde das nicht gerade dem Sinn des Stipendiums widersprechen? Wird erkannt, daß ein Student trotz eifrigsten Bemühens das Ziel nicht erreichen wird, so kann auch eine Stipendienkürzung daran nichts ändern. Ihm sollte in seinem eigenen und im Interesse der Gesellschaft geraten werden, die Universität zu verlassen und einen Beruf zu ergreifen, dem er gewachsen ist und in dem er sein Lebensglück findet. Dem Jugendverband und dem Lehrkörper fällt die Aufgabe zu, festzustellen, ob sich ein leistungsschwacher Student fleißig um die Überwindung der Mängel bemüht oder nicht, und ob sein Bemühen Erfolg erwarten läßt.

materielle Anreizes scheint der sozialistische Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen!“ zu sprechen. Dieser Grundsatz besagt, daß jeder von der Gesellschaft nur das beanspruchen kann, was er der Gesellschaft zu geben vermag. Der Student ist aber in jeder Beziehung der von der Gesellschaft Empfangende, die zu Recht erwartet, das Vorgeschlossene später potenziert zurückzugeben. Zeigt der überdurchschnittlich Begabte bereits während des Studiums Spitzenleistungen, so dürfen solche auch später erwartet werden. Daraus leitet sich die Berechtigung ab, ihm ein höheres Stipendium zu gewähren. In ihm darf man sicher den zukünftigen Führungskader in Wirtschaft und Wissenschaft sehen. Und eigentlich sollte er deshalb auch in gesellschaftlicher Hinsicht bereits der studentische Führungskader sein. Doch das nur nebenbei. Wichtig scheint mir, zusammenfassend zu dem Letztgenannten festzustellen, daß der o. a. sozialistische Grundsatz nicht isoliert auf den Studienprozeß, sondern erst im Zusammenhang mit der späteren beruflichen Tätigkeit Anwendung finden darf. Für falsch halte ich es deshalb auch, die Entlohnung des Absolventen davon abhängig zu machen, welche Zensuren er während des Studienprozesses erhalten hat. Entscheidend dafür kann allein die Leistung sein, die er als Ingenieur vollbringt.

Neuerer an unserer Seite

Steigerung der Arbeitsproduktivität in Forschung und Lehre durch bessere Registriergeräte

Das Institut für Fertigungstechnik stellte anlässlich der Neuzerkerkonferenz Anfang Oktober vergangenen Jahres einen Lichtliniensreiber aus. Das Gerät ermöglicht es, auf direkt schwarzem Registrierpapier von 130 mm Breite zwei Meßwerte gleichzeitig aufzuzeichnen, die eine höchste Frequenz von etwa 10 Hz haben dürfen.

Werkstatt der TU möglich. Durch großes Entgegenkommen des Entwicklungsleiters Oibrich im VEB EAW Treptow wurden für uns zwei Meßwerke, die mit 50 ms Einstellzeit nicht im Prospekt vermerkt waren, entwickelt und hergestellt. Ihr Einbau in den Lichtliniensreiber ist ohne Schwierigkeit möglich. Das Originalgerät besitzt eine Xenon-Hochdrucklampe X BO 50, die mit Wechselstrom betrieben wird. Um die Lücken in der Aufzeichnung, die durch die Nulldurchgänge des Wechselstromes entstehen, zu vermeiden, bauten wir

ein Netzteil zur Gleichstromspeisung der Lampe.

Die einzige Schwierigkeit ist die Beschaffung der Teile. Es kostete uns erhebliche Anstrengungen, bis wir soweit waren, daß der VEB EAW uns die Geräte ohne diejenigen Teile lieferte, die zwar listenmäßig zur Ausstattung gehören, aber infolge des Umbaus nicht benötigt wurden, und andererseits die zum Umbau erforderlichen Teile herstellte. Nach unserer Meinung sind diese Hindernisse leichter zu überwinden, wenn sich die interessierten Institute der TU zu diesem Zwecke zusammenschließen. Das Institut für Fertigungstechnik würde gegebenenfalls den organisatorischen Teil dazu übernehmen, falls dies gewünscht wird. Wir sind auch gern bereit, Interessenten das Gerät nach vorheriger telefonischer Anmeldung über Hausapparat 2724 bei uns vorzuführen sowie Auskünfte über die ungefähren Anschaffungskosten zu geben.

Dipl.-Ing. Werner Krause, Institut für Fertigung

Hinweise für das Partellehrjahr im Monat Februar

Zirkel zum Studium des Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Thema: Der von der SED geführte Kampf der Arbeiterklasse und der mit ihr in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland verbündeten Parteien und Massenorganisationen für die Festigung der Arbeiter- und Bauern-Macht und den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat.

- a) Worin besteht die geschichtliche Bedeutung und Aufgabe der DDR, und warum ist sie das gesetzmäßige und folgerichtige Ergebnis der 120jährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung?
- b) Warum entspricht der Übergang zur sozialistischen Revolution und zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus der gesellschaftlichen Entwicklung und den Interessen des ganzen deutschen Volkes? Welche Bedeutung hatte der erste Fünfjahresplan für die Schaffung wichtiger Grundlagen des Sozialismus?
- c) Wie kämpfte die Partei um die Verwirklichung ihrer nationalen Politik unter den Bedingungen der offenen Grenze zum imperialistischen Lager?

- Literaturhinweise:
1. Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel XIII
 2. W. Ulbricht, „Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED“ (Referat und Programm des VI. Parteitag), S. 299 bis 300.
 3. W. Ulbricht, Referat auf dem 2. Plenum des ZK der SED, S. 48 bis 52.
 4. Nationales Dokument, Abschnitte III und IV.

Marxistisch-leninistische Kolloquien

Thema 3: Die wissenschaftlichen Grundlagen der Führungstätigkeit in der Wirtschaft und die Bedeutung und der Inhalt der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit - Bedeutung und Inhalt des proletarischen Internationalismus in seinem konkreten ökonomischen Ausdruck. (Teil II)

- Schwerpunkte:
1. Die internationale sozialistische Arbeitsteilung und Zusammenarbeit - eine ökonomische und politische Notwendigkeit der Entwicklung der sozialistischen Länder.
 2. Die Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung.
 3. Der proletarische Internationalismus - eine grundlegende Voraussetzung zur erfolgreichen Entwicklung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems.

Literaturhinweise
Rede Walter Ulbrichts anlässlich der Beendigung des Baus der Erdölleitung „Freundschaft“, „ND“ vom 18. Dezember 1963.
Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, „ND“ vom 17. Juni 1962.
Wesentliche Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems - Artikel von N. S. Chruschtschow, Einheit, Heft 9, 1962 oder „Die Wirtschaft“, Nr. 32/1962.
Die Anleitung der Zirkelleiter für die Schulung im Monat Februar findet am 28. Januar 1964, 16.30 Uhr, in den bekannten Räumen statt.

Experimentalphysik macht den Anfang

Im Parteiprogramm wird gefordert, das Prinzip der materiellen Interessiertheit nach dem Grundsatz zu verwirklichen, „alles, was der Gesellschaft nützt, muß auch für den Betrieb und für den einzelnen Werktätigen vorteilhaft sein.“ (W. Ulbricht, Wirtschaftskonferenz des ZK der SED) Unter Beachtung dieser Forderung wird an der TU zur Zeit die Prämienvereinbarung 1964 für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten beraten, die vertieft auf den Abschluß von Prämienverträgen (GBI II/7, Paragraph 4 ff. vom 31. März 1959) orientiert. Uns liegt der erste an der Universität abgeschlossene Prämienvertrag vom Institut für Experimentalphysik vor, den wir nachstehend veröffentlichen und der Anregung für den Abschluß weiterer Prämienverträge mit dem Prorektor für Forschungsangelegenheiten geben soll.

Prämienvertrag
abgeschlossen zwischen der Technischen Universität Dresden, vertreten durch den Prorektor für Forschungsangelegenheiten, Herrn Prof. Dr. phil. habil. A. Recknagel, und Herrn Glasbläsermeister Frieder Warthemann.

Zum Aufbau eines Hochvakuum-Emissionsmikroskops (Forschungsauftrag Nr. ZO 35 02 02/GF - 4/09/4) werden durch Herrn Glasbläsermeister Frieder Warthemann spezielle Glas-Bauelemente entwickelt und besondere Technologien erarbeitet, die sowohl eine günstige Konstruktion als auch eine sichere Funktion des Mikroskops im Hoch- und Ultrahochvakuumbereich ermöglichen. Dabei handelt es sich im einzelnen um:

- **Aufbau einer Vorrichtung,** die es gestattet, bestimmte Gegenstände (z. B. Blenden oder Emissionskathoden) im Rezipienten in genau definierter Weise zu bewegen, ohne daß dabei Drehdurchführungen benötigt werden. Metalloberflächen, die schlecht entgast werden können, sollen bei dieser Konstruktion weitgehend vermieden werden. Geeignete Lösungen sind Glasfaltenbälge oder Magnetskupplungen. Aus elektronenoptischen Gründen werden Glasfaltenbälge bevorzugt. Diese werden jedoch in der DDR s. Z. noch nicht hergestellt und müßten importiert werden (aus dem kapitalistischen Ausland). Die Herstellung von Glasfaltenbälgen und die Entwicklung einer Vorrichtung, mit deren Hilfe be-
- **Entgasen** muß die Metall-Glas-Ver-schmelzung auf mindestens 350... 400° C ausgeheizt werden können.
- **Termin:** Anfertigung und Erprobung eines gebrauchsfähigen Funktions-musters bis 30. April 1964. Der Mindestdurchmesser des V²A-Rohres soll 30 mm bei diesem Muster betragen.
- **Termin:** Herstellung und Erprobung eines gebrauchsfähigen Funktions-musters, bei dem ein Objekt mittels Glasfaltenbälge insgesamt ± 5 mm in einer Ebene verschoben werden kann, bis zum 31. Mai 1964.

Da die termingerechte Entwicklung der unter 1. beschriebenen Technologie und des unter 2. erwähnten Bauelementes wesentlich die planmäßige Durchführung des o. g. Forschungsauftrages bestimmt, wird Herrn Glasbläsermeister F. Warthemann für die rechtzeitige Lösung der unter 1. und 2. genannten Aufgaben eine Prämie von jeweils 300 DM zugesichert. Wird der vereinbarte Termin nicht eingehalten, die Aufgaben aber bis zum 30. Juli 1964 gelöst, so verringern sich die Prämien auf 66 2/3 Prozent.

(Folgen Unterschriften)
Dresden, den 4. Januar 1964